

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

50 (29.2.1932)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERTTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gerpausen Millimeterzeile fassen 12. Dienstag, Begrüßungsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restam-Millimeterzeile fassen 30 Dienstag. Die Werberhöhung nach Zeit, bei der die Mindestentgelt des Tages, bei gewöhnlicher Verlesung und bei Konkurrenz außer Kraft tritt. Erklärungen und Belegblätter in Karlsruhe 1.2. o. Südlich der Unter-Einstromen. 1.11. normallage

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1.10 Mark, vierteljährlich 4.10 Pfennig • Ober-Zustellung  
1.00 Mark • Durch die Post 2.30 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Gr  
schenkt 5 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postfach 2050 Karlsruhe • Geschäftsstelle  
und Redaktion: Karlsruhe, L. 2. Mittelstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Verkehrs-Verfahren  
Dursch, Haupt-9 D.-Baden, Jagdhausstr. 12. Kraft, Hafenstr. 2. Offenburg, Republikstr. 4

Nummer 50

Karlsruhe, Montag, den 29. Februar 1932

52. Jahrgang

## Hindenburg nicht vogelfrei

Der Berliner Polizeipräsident greift durch  
Das nationalsozialistische Heftblatt Berlin auf 6 Tage verboten

BRB, Berlin, 27. Febr. Der Polizeipräsident hat an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„In letzter Zeit sind durch die nationalsozialistische Presse und durch Versammlungsreden der NSDAP Teile der Bevölkerung mehrfach öffentlich des Landes verrats beschuldigt und dadurch auf das schwerste beleidigt worden. Soeben habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin, Der Angriff, wegen einer Versammlungskündigung mit dem Thema „Der Kandidat Crepiens“ auf sechs Tage zu verbieten, weil mit dieser Bezeichnung der Herr Reichspräsident von Hindenburg getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in sinnentstellender Form wiederkehrende angelegte Verhöhnung des Adm. Crepiens, „ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“, namentlich auch zur Kennzeichnung des Herrn Reichspräsidenten verwendet worden. Die direkte oder indirekte Bezeichnung des Landesverrats gegenüber Staatsbürgern und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine rohe Verhöhnung der Wahrung und verlorst den Zweck, zu kränken und Deutliche als der Verräter des deutschen Volkes zu würdigen hinstellen.“

„Ich bin nicht gewillt, diese Form des politischen Kampfes, von der nunmehr auch der von allen Kreisen des deutschen Volkes als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl proklamierte Herr Reichspräsident von Hindenburg betroffen worden ist, in meinem Amtsbezirk weiterhin zu dulden und werde dieser Methode entgegenzutreten. In Zukunft werde ich daher sowohl Presseerzeugnisse verbieten, wie auch öffentliche Versammlungen ausstellen, in denen deutsche Staatsbürger gemeinhin öffentlich durch Bezeichnung als Landesverräter mittelbar oder unmittelbar böswillig verächtlich gemacht werden.“

## Beamtet darf nicht Nationalsozialist sein

Das Urteil des Disziplinarhofes

BRB, Berlin, 27. Febr. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten im Disziplinarverfahren gegen einen höheren Polizeioffizier erneut den Grundsat aufgestellt, daß das offene Bekenntnis des Polizeioffiziers zur NSDAP ein Dienstvergehen sei; denn — so heißt es in dem Urteil — „der Angeklagte ist damit für eine Partei eingetreten, die den Umsturz der bestehenden republikanisch-parlamentarischen Staatsform notwendigfalls mit Gewalt erstrebt“. Diesen Standpunkt hat der Disziplinarhof, wie er im Urteil feststellt, bereits in einer höchstgerichtlichen Entscheidung vom 9. März 1931 vertreten. Er hat sich dabei in Uebereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts befinden, dessen Vertreter Straffsen in seiner Entscheidung vom 10. Februar 1931 entsprechendes ausgeführt hat.

„Von dieser Rechtsprechung“ — so heißt es u. a. weiter — „die seitdem in zahlreichen Entscheidungen händig aufrechterhalten worden ist, abzugehen, besteht kein Anlaß. Wenn die neuere Zeit nach den für die NSDAP. erzielbaren Wahlen in der Parteipresse dieser Partei und den Versicherungen ihrer Führer von „Leuten“ wegen behauptet wird, auf denen ihr Ziel, das „Dritte Reich“, verwirklicht werden soll, so handelt es sich hierdurch nur um eine Verhöhnung des wahren Heiles, nämlich der gewaltlosen Beilegung der bestehenden Staatsform. Ein Staatsbeamter aber, der sich offen als Anhänger dieser Partei zu erkennen gibt, offen für diese eintritt, wie es der Angeklagte getan hat, begeht ein Dienstvergehen.“

### Hitler wird profig

BRB beschwert sich bei Hindenburg

Adolf Hitler hat an den Reichspräsidenten einen Brief geschrieben, in dem er sich darüber beschwert, daß im Wahlauftrag der Sozialdemokratischen Partei eine etwaige Wahl Hitlers für den Reichspräsidenten mit dem Chaos in Deutschland gleichgesetzt wird. Neben sonstigen Beschwerden und dem Hinweis auf den Wunsch des Reichspräsidenten, daß der Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werde, beschwert sich Hitler noch über den Reichswehrminister General Gröner, weil dieser die Verhöhnung Goebbels im Reichstag in scharfer Weise zurückgewiesen habe.

„Was von der „Ritterlichkeit“ des Herrn Hitler zu halten ist, geht daraus hervor, daß er am Samstagabend bei seiner Kandidatenrede im Berliner Sportpalast den Reichspräsidenten von Hindenburg mit folgenden Worten apostrophierte:

„Alter Mann, Du bist uns zu verehrungswürdig, als daß ich die hinter Dich stellen, die wir vernichten wollen. Du mußt deshalb zur Seite treten.“

Eine feine „Ritterlichkeit“ dies, die zeigt, in welcher Form die Nationalsozialisten den Wahlkampf gegen Hindenburg führen.

### Wie lautete Hitlers Schwur?

Allgemein interessiert, wie der Schwur des Parteibuchbeamten Hitler — was sagen jene Kreise, die sonst so auf „Parteibuchbeamten“ schimpfen zu diesem Fall von „Parteibuchbeamtentum“, wie sich bisher noch keiner in der deutschen Republik geäußert hat? — als braunschweigischer Regierungsrat“ lautete.

Die Eidesformel, die durch die Verordnung des braunschweigischen Staatsministeriums vom 31. Oktober 1919 festgelegt ist, lautet:

„Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

Herr Regierungsrat Hitler hat damit zum erstenmal die Treue zur republikanischen Reichsverfassung von Weimar geschworen. Da ihn niemand gezwungen hat, braunschweigischer Beamter zu werden, handelt es sich um einen freiwillig geleisteten Eid, was man sich merken muß.

### Groß-Waffenkäufe von Nazi-Führern

Nießiger Schwarzhandel mit Waffen aufgedeckt

BRB, Worms, 27. Febr. Eine Durchsuchung der Wohnung des Uhrenwarenhändlers Had in Dhofen ergab, daß Had in kurzer Zeit mehr als einhundert Pistolen verkauft hat. Die Polizei stellte fünfzig Abnehmer des Had fest, darunter fünf Großabnehmer. Die Abnehmer des Waffenhändlers sind, wie das Polizeiamt mitteilt, Mitglieder und Anhänger der NSDAP, darunter einige SA-Führer und eine große Anzahl SA-Leute.

### Kranzniederlegung am Grabe Eberts

Zum Totestage des ersten Reichspräsidenten wurden an dessen Grab von verschiedenen Regierungen Kränze niedergelegt.

### Wieder ein Eisenbahnanschlag in Frankreich

Paris, 28. Febr. Erst heute wird bekannt, daß vorgestern Abend wieder ein Attentat gegen den Schnellzug Marseille-Toulon verübt worden ist. Es gelang dem Angreifer, der ein Hindernis auf den Schienen bemerkte, den Zug rechtzeitig zum Stehen zu bringen.

## Tag politischer Vernunft

Behörden und Reichspräsidentenwahl

BRB, Berlin, 27. Febr. Im preussischen Ministerium des Innern fand eine Konferenz der preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten unter der Leitung des Ministers des Innern, Severing, statt, an der auch Ministerpräsident Braun und der Staatsminister Steiger teilnahmen.

Die Beratungen wurden von Minister Severing mit einer längeren Ansprache eröffnet, in der er zunächst mit Befriedigung feststellte, daß der Winter bis jetzt ohne wesentliche Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vergegangen ist.

Die Unterstützung und Verankerung der Erwerbslosen wird auch die brennende Frage der Zukunft sein. Es ist der preussischen Staatsregierung bekannt, daß die Reichsregierung sich mit der Frage beschäftigt, die Arbeitslosenversicherung und -unterstützung zu vereinfachen. Ich fürchte, daß das nicht ohne neue Lasten für Länder und Gemeinden gehen wird. Die Gemeinden aber können nicht nur keine neuen Lasten mehr ertragen, sondern sind schon heute außerstande, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Ein Eingriff in die Höhe der Unterstützung oder würde unsere Aufgabe, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, außerordentlich erschweren. Unter Augenmerk wird deswegen darauf gerichtet sein, den Gemeindefiskus und damit auch den ärmsten Gemeindegürgern nach besten Kräften zu helfen.

## „Aufbau oder Chaos“

Finanzminister Dietrich  
zur Präsidentenwahl

BRB, Berlin, 28. Februar. Reichsfinanzminister und Vizekanzler Dietrich sprach am Sonntag mittag auf einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Staatspartei über das Thema „Reichspräsidentenwahl. Aufbau oder Chaos?“. Der 13. März, so führte der Minister aus, werde ein Schicksalstag werden für das deutsche Volk. Der ehrenwürdige, charaktervolle, in Deutschland und außerhalb Deutschland hochgeschätzte Reichspräsident von Hindenburg solle beilebt werden, weil er seinen Eid gehalten, die Verfassung beschützt habe und man ihm deswegen vorwerfe, er habe das Sojourn vom 9. November verteidigt.

Zu den finanziellen und wirtschaftlichen Fragen übergreifend bemerkt der Minister, mit einer Inflation, die die Regierung nie und nimmer mitmachen werde, könne man eine vorübergehende Beseitigung herbeiführen, nach welcher aber das völlige Ende der deutschen

### Verordnung über Brotverkaufspreis

BRB teilt mit:

Um den Preis für Roggenmehl zu senken und gleichzeitig die vorhandenen Brotgetreidemengen zu fixieren, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung mit Wirkung vom 1. März 1932 verordnet, daß Roggenmehl nur noch mit einem Ausmahlungsgrad von mindestens 70 Prozent hergestellt werden darf. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Preise für die Nebenprodukte stellt sich der Preis für ein derartiges Mehl je Doppelpentner um 2 RM niedriger als der Preis von 60prozentigem Roggenmehl, wie es jetzt vielfach für Brot verwendet wird. Diese Verordnung gilt für sämtliche Mühlen, also einschließlich der Lohnmüllerei und Selbstverordnungen. Eine Verschlechterung der Beschaffenheit des Roggenbrotes wird durch diese Verordnung nicht herbeigeführt.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung erklärt anseits der Getreidepreisentwicklung für Roggen und der sich daraus ergebenden rückläufigen Bewegung am Roggenmehlmarkt und der weiter getroffenen Maßnahmen zur Beeinflussung der Marktlage für Roggen und Roggenmehl folgende Verordnung:

Der Kleinverkaufspreis für Brot im Gewicht von mindestens 500 Gramm, zu dessen Herstellung mehr als 30 Prozent Weizenbacken der Roggen verwendet werden, darf nicht über den Stand der leistungsgemessenen Woche erhöht werden.

Zu widerstandlungen werden mit Geldstrafen geahndet. Diese Anordnung tritt mit der Bekanntgabe in der Funkstunde Berlin am 28. Februar in Kraft. Ich weise, so erklärt der Reichskommissar, darauf hin, daß ich beauftragt bin, bei Zuwiderhandlungen die Fortführung des Betriebes zu untersagen oder Schließung der Betriebe- und Geschäftsräume anzuordnen.

### Keine Biersteuerlenkung

bei Fortdauer des Bierfreis

BRB, Berlin, 27. Febr. Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, hat der Reichsfinanzminister die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte abgebrochen. An zuständiger Stelle wird die Nachricht bekämpft, daß die beabsichtigte Senkung der Biersteuer unterbleiben wird, wenn die beteiligten Organisationen den Bierfreis nicht beenden werden.

Das unmittelbar vor uns liegende wichtigste politische Ereignis ist die Wahl des Reichspräsidenten. Die preussische Verwaltung wird und darf keine Wahlbeeinflussung treiben. Nichtsdestoweniger aber ist die Haltung der preussischen Staatsregierung ganz klar und eindeutig und muß auch die Stellung der preussischen Beamten klar und eindeutig sein. Der Kandidat der staatsfeindlichen Parteien darf kein Erfolg befehlen sein! Es gibt nur einen ernsthaften Kandidaten, das ist der letzte Reichspräsident, v. Hindenburg.

Zu den Parteien, die unverhüllt ihren Vernichtungswillen dem heutigen Staat gegenüber zur Schau tragen, kann es keine andere Einstellung für preussische Beamte geben, als die bisherige ablehnende. Daran kann auch eine wirkliche oder scheinbar andere Beurteilung einzelner Stellen der Reichsregierung nichts ändern. Deshalb ist es die Aufgabe der Staatsverwaltung, daß bei aller Wahrung der parteipolitischen Neutralität den Bestrebungen staatsfeindlicher Parteien auch im Kampf um den Reichspräsidentenposten entschieden entgegenzutreten werden muß. Vor allem aber muß es Aufgabe der Verwaltungsbehörden sein, in den kommenden Wochen mit allen Mitteln den Veruchen terroristischer Beeinflussung der Wähler entgegenzutreten.

Der Tag der Wahl des Reichspräsidenten muß zu einem Tag des Sieges der Vernunft und des Willens zum Aufbau werden.

Wirtschaft und der deutschen Macht als notwendige Folge eintreten werde. Der Ruf nach dem Systemwechsel könne höchstens bedeuten, Inflation, Arbeitslosigkeit, Streit um fremde Mächte, um Dinge, die wie die Reparationen, auf dem Wege der Erledigung seien. Die Nationalsozialisten hätten nicht Politik, sondern Taktik gemacht. Es sei ein Glücksumstand, daß das Bürgerturn noch einmal in der Wahl Hindenburgs die Möglichkeit habe, über das Trennende in seinem Bestande hinwegzukommen und das Gemeinliche zu scharf Hindenburg sei das Symbol der deutschen Einheit. Als das deutsche Schiff 1918 unterzugehen drohte, sei er auf der Kommandobrücke geblieben, die er auch jetzt nicht verlassen. Es sei Gefahr im Verzuge für das deutsche Volk und Vaterland. Darum, so schloß der Minister, müßten wir hinwegsehen über alle Gegensätze, die Gefahren scharf erkennen, den Aberglauben an die Allmacht des Staates verwerfen und das Volk müsse sich wieder auf sich selbst und auf die Kräfte befinden, die in ihm ruhen. In dieser Auffassung müsse die Wahl am 13. März verstanden werden, dann würden die Nationalsozialisten geschlagen werden und Hindenburg werde sitzen.



Freistaat Baden Anordnungen zur Reichspräsidentenwahl

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Zum Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises (Baden) für die am 13. März 1932 stattfindende Wahl des Reichspräsidenten...

Die Stimmlisten und Stimmkarten für den ersten Wahlgang sind nach Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern in der Zeit vom 3. bis 6. März 1932 auszulegen.

Keine Landtags- sitionen vor der Präsidentenwahl

Die auf Dienstag, 1. März und folgende Tage anberaumten öffentlichen Sitzungen des Landtags fallen mit Rücksicht auf die Inanspruchnahme der Abgeordneten bei der Reichspräsidentenwahl aus.

Deutsche Volkspartei Badens hinter Curtius

Der Wahlkreis Baden der Deutschen Volkspartei hat an den früheren Reichsaußenminister Dr. Curtius folgende Telegramm gerichtet:

„Wahlkreis Baden steht nach wie vor treu hinter Ihnen und billigt Ihre gestrige Haltung bei der Abstimmung.“

Der badische Finanzminister Dr. Mattes hat außerdem ein Telegramm an Curtius, der bekanntlich es im Reichstag ablehnte, sich an dem Resttreiben Dingseldens gegen Brüning zu beteiligen...

Volkswirtschaft Das „Kote Proviandamt“ von Halle

Der hallische Tragödie letzter Art — Eine wichtige Gerichtsentscheidung über die Nachschulspflicht der Genossenschaftler

„In Halle hat sich der letzte Akt in der Tragödie des sogenannten „Koten Proviandamtes“ abspielte.“

Die Schlußterminverhandlung ist von grundsätzlicher Bedeutung. Wiewohl war man wohl der Anschauung, daß eine Genossenschaft ihren Konturs beenden müsse.

Auf der Begründung führte der Richter aus, daß zwar dem Kontursrichter nach dem Genossenschaftsgesetz innerlich ist die Annahme eines Konturses wegen Mangels an Masse zu vermeiden.

Auf der Begründung wurde auch das Verhältnis der Kontursverwaltung zum Gläubiger als einerseits als Gläubiger diese Summe vorzutragen, andererseits dem Kontursverwalter nicht mehr zugunsten zu werden.

Der Kontursverwalter hatte fast 2000 Mark in das Verzeichnis geleistet. Sie kommen zu den übrigen Verurteilten. Den Mitgliedern des Gläubigerschusses sprach das Gericht für ihre Tätigkeit — sie wohnen rund 12 Stunden bei — je 300 Mark zu.

Der Kontursverwalter hatte fast 2000 Mark in das Verzeichnis geleistet. Sie kommen zu den übrigen Verurteilten. Den Mitgliedern des Gläubigerschusses sprach das Gericht für ihre Tätigkeit — sie wohnen rund 12 Stunden bei — je 300 Mark zu.

Aus aller Welt

Großer Lagerhausbrand in Bremen

Bremen, 28. Febr. Das Lagerhaus der Deutschen Droguisten-Einkaufsgenossenschaft Bremen ist am Samstagabend bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Schweres Unglück in einem Bergwerk bei Salzburg

Salzburg, 28. Febr. In dem Bergwerk Mitterberg bildeten sich infolge eines Transformatorbrandes giftige Gase, die bei zwei Arbeiter zu schweren Vergiftungen führten.

Selbstmord wegen nichtbestandenem Militär

Potsdam, 28. Febr. Der Gymnasiast Josef Adler aus Salzenfelde bei Spandau hat sich erschossen, weil er das Militär nicht bestanden hat.

Lebensmittelarbeiter von Fischhaken angegriffen

COR. Brüssel, 27. Febr. Wie die Zeitung Dernière Heure aus Lüttich meldet, griffen dort die Mitglieder der katholischen Jugend vor der evangelischen Kirche den bekannten Pianisten Dr. Hans Hartmann an.

Das andere Deutschland verboten

Berlin, 27. Febr. Die Wochenzeitschrift Das andere Deutschland einschließlich ihrer Kopfsätze ist bis zum 28. Mai verboten worden.

Unvermeidbare Bankdirektoren

COR. Berlin, 27. Febr. In der Sitzung des Prozesses Ratenhogen beschäftigte sich das Gericht mit der Frage, ob die bis jetzt unter Auslegung des Eides vernommenen Zeugen, und zwar die Bankdirektoren v. Stauß (Sitters Frühlingsfreund), Jacob Goldschmidt und Reinhard, sowie die Schultheiß-Direktoren v. Falkenhain und Tänzler verurteilt werden sollen.

Ueberraschende Hausjuchung bei Sklarek

RS. Berlin, 27. Febr. Die Staatsanwaltschaft erwiderte einen Gerichtsbeschluß, auf Grund dessen eine überraschende Aktion einschlechte, Staatsanwalt Dr. Weibenhay und der medizinische Sachverständige Professor Ringelbach erschienen heute früh in der Wohnung Max Sklareks, der sofort von Professor Ringelbach einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde.

gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. Dabei wurde festgestellt, daß Max Sklarek tatsächlich an einer schweren Herz- und Nierenarterienkrankung leidet, die bestenfalls eine beschränkte Bewegungsfähigkeit im Hause gestattet.

Rückwärts, rückwärts ist die Lösung

COR. Aus der Eifel, 27. Febr. In verschiedenen Teilen der Eifel macht sich ein auffälliger Rückgang der Benutzung von Poststrassen bemerkbar.

Scheidung für Karl Man

Dresden, 27. Febr. Das Andenken des vor 20 Jahren verstorbenen Schriftstellers Karl Man wurde an seinem 90. Geburtstage durch zwei besondere Ehrungen gefeiert.

Eine trinkfeste Nonne

COR. Belgrad, 27. Febr. Eine Nonne hatte das Klosterleben satt; sie floh nach Belgrad zu einer Schwester, bei der sie gerade in dem Augenblick ankam, als die Schwester einen Liter besten serbischen Pfaffenbrandwein zum Geschenk bekommen hatte.

Gewerkschaftliches

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten und die „Eiserne Front“

Der Verbandssprekandidat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Reichsaussenminister Dr. Curtius, ist bekanntlich 2. Vorkandidat des Reichsaussenministers. Nun löst man doch ohne weiteres annehmen, daß der Vorkandidat des G.d.A. auf seine Organisation soviel Einfluss hätte, daß sich auch der G.d.A. offiziell zur Weimarer Verfassung und zum Schutz der Republik aufschließen würde.

Aus der Stadt Durlach

Die Generalversammlung der Partei, die schon für Ende Januar angeberstet, durch verschiedene Umstände verobstet werden mußte, tagte am Samstagabend im Parteipalast „Reichsballe“.

Kotter Baden

Seute abend 8 Uhr im „Lannhäuser“ sehr wichtige Probe. Schweinemarkt in Durlach am 27. Februar. Der Markt war besetzt mit 22 Kauterschweinen und 56 Ferkelschweinen.

Auskünfte der Redaktion

D. W. Kuppwurz. Der frühere Oberbürgermeister Köhler von Berlin gehörte der demokratischen Partei an und war ein Mitstreiter der Sozialdemokratie.

Aus dem Gerichtssaal

Betrügerischer Bankrott

Der Zusammenbruch der Firma Haus Köhlin zum viertenmal vor Gericht.

Im Karlsruhe, 26. Febr. Wegen Kontursverbrechens standen heute der 61jährige Kaufmann Otto B. und sein 31jähriger Sohn, der Kaufmann Friedrich B. von hier vor der Großen Strafkammer.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Ein großes Hochdruckgebiet ist über dem Kontinent entstanden und hat uns in der Nacht vom Samstag zum Sonntag wieder durchgreifende Aufbesserung gebracht.

Betrügerischer Bankrott

Der Zusammenbruch der Firma Haus Köhlin zum viertenmal vor Gericht.

Betrügerischer Bankrott

Der Zusammenbruch der Firma Haus Köhlin zum viertenmal vor Gericht.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

29. Februar 1932.  
412 n. Chr. \*Griech. Philosoph, Diogenes. — 495 n. Chr. \*Griech. Dram. Sophokles. — 1170 \*Der Minnesänger Walther von der Vogelweide. — 1624 \*Märtyrer Anselmus Silesius. — 1792 \*Romanist Rossini („Der Schwan von Palermo“). — 1813 Vertrag von Kalisch.

### Eisiges Februarfinale

Das ist fürwahr kein milder Lenzbau, mit dem sich der Februar verabschiedet. Bis auf die ersten Tage seines Regimes war er ein ganz tauher und frohlicher Geselle und am letzten Wochenende ließen seine Trabanten eine schneidende harte Meise, die sich an allen Ecken und Enden vernahmen ließ. Ein rauschender Ostwind fauchte da heran, ließ einen Tag vor dem Beginn des Märzen, des meteorologischen Frühlinges.

Samstag abend wühlten dicke Schneeflocken nieder. Sie tanzen in der Atmosphäre des aufstehenden Nordostes förmliche Reigen und setzten sich zu kleinen Klumpen an die Dachrinnen an, füllten die Straßentrinne und bedeckten die Rasenflächen. Auf den Straßen wurde es flüchtig glatt und eisig. Der Boden gefror. Eisgebilde überzogen das Pflaster und den Asphalt. Die Autos wurden wieder einmal überrascht und wagten sich nur im Schnecken-tempo voran. An den Spiegelblanken Wagen an der Mühlburger- und Durlacher Tor kam so manches Gefährt ins Rutschen. Die Straßenreinigung mußte noch nach 10 Uhr abends mobil gemacht werden. Mit einem großen automobilen Fahrzeug durchfuhr sie die Kaiserstraße von West nach Ost und wieder zurück und ein paar Arbeiter waren im frühen Morgen um Schaufel und Schaufel braunen Sandes auf die asphaltierte Fahrbahn. Doch erst gegen Morgen war das verkehrs-fähigende Eis, das sich mit dem Schnee vermischt hatte, verschwunden; denn der zeitweilig sich zum Sturm erhabende Ostwind verwehte und „verschluckte“ den feinen Schneeeberwurf.

Sonntag früh lag die Sonne am opalblauen Winterhimmel auf. Man traute den Augen nicht, als man erst wieder eine gehörige Eisfläche von den Fenstern wegkratzen mußte. — 9 Grad unter Null war draußen das Thermometer gestiegen und vormittags blieb es besonders unangenehm kalt, da die Kraft des Ostwindes nur wenig nachließ und die Sonne nicht recht zum Durchbruch kommen wollte. Die Gewässer sind und bleiben in Eis erhartet, die Winterbilder vor der Stadt konnten sich dagegen nur Stredenweite behaupten, eben infolge des herrschenden Sturmes, der den Schnee verwirbelt hatte.

„Und dräut der Winter noch so sehr, es muß doch Frühling werden“, sagt ein altes Wort: Hoffentlich demärkteret es sich bald, denn die uns nachgerade so verpöhten bescheidenen Winterkälte kommt heuer, in der Zeit betrieblöcher Not mehr denn je unerwünscht.

### Theatervorstellungen für die Erwerbslosen

Auf Anregung des V. O. G. Ortsausschusses Karlsruhe und der sozialdemokratischen Mitglieder des Verwaltungsrats des Landestheaters hat der Verwaltungsrat beschließen, für die Erwerbslosen besondere Vorstellungen zu geben. Dieser Beschluß wird wohl bei allen Erwerbslosen große Freude hervorrufen.

### Generalversammlung der Naturfreunde

Am Freitag fand im Volkshaus die diesjährige Generalversammlung der Naturfreunde Karlsruhe statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Gen. Walter, an Stelle des gesundheitlich noch nicht ganz hergestellten Gen. Ehrenfried, der im letzten Jahre verstorbenen Genossen, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Darauf wurden mehrere Neuaufnahmen vollzogen und verschiedene Einnahmen bekanntgegeben. Der Vorsitzende machte dann darauf aufmerksam, daß es nicht aller Genossen ist, um dem Terror der Nasenbanden wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, der Eisenen Front beisutreten.

Im Geschäftsbericht wurde betont, daß auch von den Naturfreunden die Krise nicht pauslos vorübergegangen ist. Trotzdem muß gesagt werden, daß unsere Mitgliederwerbungen immer sehr gut besucht waren. Auch die Teilnahme an Wanderungen war eine sehr rege, es wurden 23 Wanderungen mit 2075 Teilnehmern durchgeführt. Sehr gut besucht waren auch die zahlreichen Bildungsabende, die auch im vergangenen Jahre wieder veranstaltet wurden. Der Verein beteiligte sich an der Dampfabend- und veranstaltete eine Technischer des Moosbronner Hauses und eine Einweihungsfeier des Kapellenwärders Bootshauses. Die Jugendgruppe war besonders tätig, es wurden von ihr 10 Bahntagswanderungen mit 176 Teilnehmern durchgeführt, 27 Tageswanderungen mit 607 Teilnehmern, 3 Meereswanderungen mit 81 Teilnehmern. Auch die Mitglieder der Gruppen Männer und Müttern waren in ähnlicher Weise tätig. Am 11. Abend fand ein Troden-Sturz statt mit 270 Teilnehmern. Wasserfahrten wurden von den Wasserwanderern insgesamt 1268 ausgeführt. 30 Genossen gehören der Bergabteilung an, die besonders hierzu ausgebildet sind. In rund 255 Fällen konnten diese Genossen Hilfe leisten. Bei den Jägern der Naturfreunde macht sich besonders die Krise bemerkbar, was im Bericht näher mit Zahlen belegt wird. In allen Jägern ist jetzt die Erhebung von Tagessgebühren eingeführt. Gen. Walter schloß seinen Bericht mit der Mahnung an die Genossen, über Ursache und Wirkung der heutigen Wirtschaftskrise nach zu forschen und alles zu tun, um zu besseren Zuständen zu kommen, die auch den Naturfreunden einen weiteren Aufstieg ermöglichen.

Gen. Die gab hierauf den Kassenbericht und Gen. Link den Bericht vom Haus Bodener Höhe und Moosbronner. Den Bericht von der Wasserwandererabteilung gab Genosse Schwann und den Bericht von der Winterpartieabteilung Gen. Wörle. Gen. Dornau von der Jugendabteilung und Gen. Siedergis von der Bibliothek. Den Revisionsbericht erstattete Gen. Kraus, der nichts zu beanstanden hatte. Mit Genehmigung konnte von Gen. Walter festgesetzt werden, daß trotz der Wirtschaftskrise die Ortsgruppe Karlsruhe einen RT-Förderbestand von 1265 aufweist. Der Antrag der Revision auf Entlastung des Kassiers wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Ein Antrag ab 1. Juli den Schlassgarten einzuführen, wird von der Vereinsleitung unterstützt und einen 4 Stimmen angenommen.

Hierauf schloß Gen. Walter namens der Vereinsleitung vor, den Beiträgen für männliche Mitglieder auf 5 M, für weibliche auf 3 M, für Kinder auf 1,50 M, für Jugendliche auf 2,50 M, für Erwachsene auf 5 M, für Mitglieder auf 10 M, für Ehrenmitglieder auf 25 M festzusetzen. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte gegen eine Stimme angenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als 1. Mann Gen. Ehrenfried als 2. Mann Gen. Walter und als Kassier Gen. Die wiedergewählt. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden mit wenigen Veränderungen wiedergewählt.

## Der Schalttag

In einem alten Kalenderserver wird der Februar als der kürzeste Monat höchst angehängt:

Mit dem Hornung ist es eine Plage,  
Dreimal lebt er achtundmanzig Tage,  
ch' das große Kunststück ihm gelingt  
und er es auf neunundwanzig bringt.

Dieses „Kunststück“ bringt der Februar im laufenden Jahr wieder einmal fertig, denn es ist ein Schaltjahr mit 366 Tagen. Wie ist nun gerade der Februar dazu gekommen, mit dem Schaltjahr bedacht zu werden, da man ihn doch viel einfacher dem Dezember, als dem letzten Monat hätte anhängen können? Um den Grund dafür aufzuklären, müssen wir in die altgriechische Zeit zurückgehen. Bei den Römern hatte das Jahr ursprünglich nur sechs Monate und begann nicht, wie jetzt mit dem Januar, sondern mit dem März; zur Zeit der sogenannten Könige wurde dann die Einteilung in zwölf Monate durchgeführt und Januar und Februar nach dem Dezember angehängt. Als Julius Cäsar den nach ihm benannten Julianischen Kalender einführte, ordnete er auch die jetzige Reihenfolge der Monate an und legte alle vier Jahre einen Schalttag ein, der dem Februar ausgeteilt wurde. Wer aber annehmen sollte, daß lust der 29. Februar der Schalttag sei, der ist im Irrtum, denn der wirkliche Schalttag folgte auf den 23. Die übrigen Tage bis zum 29. rücken dann um eine Nummer vor. Die Römer wählten diesen Tag als Schalttag, weil an ihm die „Furienter“, das Fest des Gottes Terminus, dem die Furienter und Markterre zur Betreuung empfohlen waren, zu Ende ging. Diese Einteilung ist bis heute so geblieben, wie man sich durch einen Blick in den Kalender überzeugen kann. Auf den 24. fällt im gemeinen Jahr der Namenstag des Apostels Matthäus. Im Schaltjahr dagegen erst auf den 25. Februar.

Diese 29 Tage sind das Höchstmaß von Lebensdauer, das dem Februar ausgeteilt ist, und weil diese Erscheinung nur alle vier Jahre wiederkehrt, so müssen alle diejenige unserer geschätzten

Mitbürger, denen das Mißgeschick widerfahren ist, an einem 29. Februar in dieses irdische Jammerland eingeführt zu werden, sich immer vier Jahre gedulden, bis sie wieder einmal eine solenne Geburtstagsfeier halten können. Diese bedauernswerten Menschen nennt man „Schalttags-Pechevögel“.

Es ist aber auch schon vorgekommen, daß es einen 30. Februar gegeben hat, jedoch nur ein einziges Mal in einem kleinen Lande. Dieses noch nie dagewesene und auch nie wiederkehrende Kuriosum ist in der Kalendergeschichte Schwedens verzeichnet und hängt mit der Verwirrung zusammen, die im Laufe der Jahrhunderte durch die Unzulänglichkeiten des Julianischen Kalenders eingetreten war. Der war schon im 16. Jahrhundert um zehn Tage hinter der astronomischen Zeit zurückgefallen. Um ihn wieder in Ordnung zu bringen, ließ 1682 der Papst Gregor XIII. einen verbesserten Kalender vorschlagen, der auch von den katholischen Ländern sofort angenommen, von den protestantischen jedoch abgelehnt wurde. Es gab also zwei verschiedene Zeitrechnungen nebeneinander. Fast anderthalb Jahrhunderte vergingen, bis die protestantischen Länder durch die daraus entstandenen Unzulänglichkeiten sich genötigt sahen, ebenfalls für den verbesserten Kalender zu entscheiden. Dabei wurden die fehlenden zehn Tage einfach übersprungen. Als Schweden im Jahre 1708 dazu Schritt, schloß es einen anderen Weg ein; es wollte dem Hund den Schwanz nicht rückwärts abhacken und entschied sich dafür, elf Jahre hintereinander einen 30. Februar einzuschalten, so daß man den Anknüpfungspunkt der richtigen Kalender nach 44 Jahren erreicht hätte. Die Schwierigkeiten, die sich daraus für die Praxis ergaben, führten schon im Jahre 1712 dazu, das Experiment aufzugeben und wieder zum alten Julianischen Kalender zurückzuführen, dem die Schweden inzwischen um einen Tag vorausgekommen waren. Deshalb wurde im Schaltjahr 1712 nicht ein 29., sondern ein 30. Februar eingeschaltet. Erst vierzig Jahre später, 1752, ging Schweden als letztes protestantisches Land zum Gregorianischen Kalender über.



### Die Berufserziehung uneres kaufmännischen Nachwuchses

Ein Wegweiser durch die Karlsruher Handelsschulen.

Wie auf allen Berufen laftet die gegenwärtige Wirtschaftsnot auch besonders schwer auf dem Kaufmannsgewerbe. Wird hierzu eine Behandlung der kaufmännischen Berufserziehung nicht vollständig überflüssig? Nein, das Gegenteil ist erforderlich. Mit Recht verlangen die Berufsberater, bei der Berufswahl nicht von der heutigen Wirtschaftslage auszugehen. Für den Kaufmannsbetrieb ist die notwendige guten Kräfte auszubilden. Für die Aufgabe der kaufmännischen Bildung ist die praktische Berufserziehung besteht durch ihre enge Verknüpfung mit dem praktischen Wirtschaftsleben eine reiche organisatorische Vielgestaltigkeit.

Zum Besuch der Pflichthandelschule sind sämtliche in kaufmännischen Betrieben tätigen Lehrlinge und Lehrlinginnen mit Volks- und Mittelschulbildung bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gesetzlich verpflichtet. Für die Absolventen höherer Lehranstalten werden besondere Fachklassen mit einer einjährigen Schulzeit bei 15 Wochenstunden geführt. Die Entlasskinder, die noch eine Lehrstelle gefunden haben und dennoch die feste Arbeit suchen, den kaufmännischen Beruf zu erlernen, können die Pflichthandelschule im Interesse ihrer ununterbrochenen Weiterbildung als freiwillige Schüler besuchen.

In der Handelsschule I (Birkel) sind für Drogeristen und für die Verkäuferinnen des Lebensmittelhandels besondere Fachklassen eingerichtet. Für die Ausbildung der Verkäuferinnen befindet sich in der Handelsschule II (Kriegsstr.) eine Verkaufsschule, bei der besonders auf die Ausgestaltung der Waren und Berufsstunde Rücksicht genommen wird. Durch diese Anordnung an die verschiedenen Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft gewinnt die Karlsruher Pflichthandelschule an Bodenständigkeit. Sie erfüllt die wichtigste Voraussetzung jeglicher erfolgreicher Fachschularbeit.

Die höhere Handelsschule kommt für die jungen Leute, die sich eine gründliche kaufmännische Allgemein- und Fachbildung vor Eintritt in das kaufmännische Berufsleben aneignen wollen, in Frage. Bei einem vierjährigen Wochenunterricht hat sie die Aufgabe, die jungen Leute zu befähigen, die später im Geschäft an sie heranrückenden Anforderungen mit Verständnis zu erfüllen, ihre sittlichen und religiösen Kräfte zu entwickeln und ihnen den zur verständnisvollen Ausübung ihres zukünftigen Berufes erforderlichen Einblick in die Zusammenhänge der Einzelarbeiten mit dem Betriebs- und Wirtschaftsleben und mit dem Volks- und Staatsleben überhaupt zu vermitteln.

In Karlsruhe unterrichten wir bei der höheren Handelsschule die ein- und zweijährige höhere Handelsschule. In die zweijährige höhere Handelsschule werden aufgenommen: 1. Schüler und Schülerinnen der 8. Sprachklasse der Volksschule; 2. Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten mit entsprechender Vorbildung und 3. besonders begabte Schüler und Schülerinnen der Volksschule ohne Fremdsprachkenntnisse.

Für Schüler und Schülerinnen, die die Obertertiarstufe einer höheren Lehranstalt beenden, werden besondere Klassen gebildet, deren Absolventen nach bestandener Abschlussprüfung die „Mittlere Reife“ erhalten. Die Anerkennung dieser „Mittleren Reife“ durch die Wirtschaft erleichtert den Eintritt in das Berufsleben. Durch die zweijährige höhere Handelsschule können nicht nur die Schüler und Schülerinnen einer höheren Lehranstalt mit vorwiegend praktischer Begabung, sondern auch fleißige und tüchtige Volksschüler und -schülerinnen einen Übergang in den kaufmännischen Beruf erhalten und so einen ihrer besonderen Leistungsabfälligkeit entsprechenden vorteilhaftesten Bildungsabschluss erreichen.

Der Eintritt in die einjährige höhere Handelsschule erfolgt auf Grund der Reife für Obertertiarstufe einer höheren Lehranstalt ohne besondere Aufnahmeprüfung. Durch die höhere Vorbildung ihrer Schüler und Schülerinnen kann sie schon in einem Jahre eine gute Einsicht in die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse vermitteln und ihre fremdsprachlichen Vorbildung für die Erlernung der Handelsprachen nutzbar machen. Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule befreit von jedem weiteren Pflichtschulbesuch. Ihre Absolventen werden dabei gegenüber den handelsfähigsten Bewerbern bevorzugt und erhalten auch in Anerkennung der bereits erlangten kaufmännischen Fachbildung eine Verkürzung der Lehrzeit zugesprochen. Durch Hinzunahme eines 2. und 3. Schuljahres ist für die einjährige höhere Handelsschule die Möglichkeit zum Ausbau zu einer dreijährigen Oberhandelschule gegeben. Eine derartige Einrichtung besteht u. a. Freiburg i. Br. Wie die Erfahrungen anderer Städte mit dieser Schulform beweisen, geht der größte Teil ihrer Schüler und Schülerinnen nicht zur Hochschule, sondern tritt mit der Reife als Ausweis einer abgeschlossenen höheren kaufmännischen Bildung in das Wirtschaftsleben ein. Die Oberhandelschule ist so in ihrer Idee aus dem Bedürfnis nach einer vertieften kaufmännischen Schulbildung für die vorwiegend praktisch wirtschaftlichen Intelligenzen entstanden.

Die Organisationsformen der Handelsschule stellen Bildungsformen dar, die nicht nur von den kaufmännischen Verbänden und von der Wirtschaft, sondern auch von der Erziehungswissenschaft, in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Schaffens und aller mit ihm verknüpften sozialen und wirtschaftlichen Folgen als besonders notwendig empfunden werden.

(-) Die Grippe ist auch hier in einem ziemlich umfangreichen Ausmaß aufgetreten, doch hat sie durchweg einen gutartigen Verlauf genommen und war gemeinhin schon in drei bis vier Tagen überstanden. In den Schulen zeigten sich zeitweise erhebliche Lücken — in einer Volksschulklasse sollen zu gleicher Zeit 26 Schüler gefehlt haben. Aber zur Schließung einer Schule oder Klasse ist es nicht gekommen.

### Wasserstand des Rheins

Basel Minus 62, Waldshut 134, Schutterinsel Minus 10, Rehl 144, Wetzlar 812, Mannheim 171, Caub 110 Zentimeter.

